

## 10. Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads in der Volksschule

Postulat Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Beatrix Frey (FDP, Meilen) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 229/2022, Entgegennahme als Postulat, Diskussion

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Christoph Fischbach hat an der Sitzung vom 16. Januar 2023 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

*Marc Bourgeois (FDP, Zürich):* Die FDP hat vor zwei Jahren ein Vorstosspaket mit zwei Vorstössen eingereicht, die sich umfassend mit der Entlastung der Lehrpersonen und der Bekämpfung des chronischen Lehrpersonenmangels auseinandersetzen. Ja, wir hätten auch zehn Vorstösse schreiben können, aber wir bevorzugen es effizient. Kurz darauf haben auch andere Parteien diverse Vorstösse zu dieser Thematik eingereicht. Ihnen gemeinsam ist, dass sie zwar von «Stärkung der Lehrpersonen» reden, aber letztlich die Probleme ausschliesslich mit Geld zu lösen versuchen.

Das erste Postulat 228/2022 aus unserem Paket wurde ja bereits am 8. April 2024 deutlich überwiesen, das zweite diskutieren wir heute. Wenn wir von der Entlastung der Lehrpersonen reden, dann reden wir im Grundsatz meistens über zwei Bereiche, erstens, über Ursachenbekämpfung: Hier geht es insbesondere um die Entlastung der Lehrpersonen durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen des schulischen Umfelds; weniger Administration, mehr Ruhe im Schulzimmer, die Schule muss wieder einfacher werden. Dieser Massnahmenbereich hat für uns klar Priorität, ist aber bereits mit dem überwiesenen Postulat 228/2022 abgedeckt. Der zweite Bereich ist bis zu einem gewissen Grad eine Symptombekämpfung aller Bildungsreformen, die wir hinter uns haben. Im Wesentlichen geht es um weniger Unterrichtsstunden bei gleichem Beschäftigungsgrad beziehungsweise gleichem Lohn. Das ist erst unsere zweite Priorität. Diesen Massnahmenbereich behandeln wir mit diesem Vorstoss und auch mit den nächsten zwei Vorstössen (*KR-Nrn. 232/2022 und 271/2022*) auf der Traktandenliste. Diese drei Vorstösse zielen teils in eine ähnliche Richtung. Sie sollen den Beruf als Lehrperson attraktiver machen, indem die Lehrpersonen im Allgemeinen und die Klassenlehrpersonen im Besonderen durch eine Anpassung des Lektionenfaktors sowie eine Erhöhung der Klassenlehrerpauschale entlastet werden.

Beim ersten Vorstoss, den wir jetzt behandeln, geht es auch um diese Symptombekämpfung. Er hat aber zusätzlich zum Ziel, den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen etwas zu erhöhen. Wir haben kürzlich von der Bildungsdirektion erfahren, dass Lehrpersonen im Schnitt 69 Prozent arbeiten. Die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) hat in der Vergangenheit wiederholt erwähnt, dass es eine geringe Pensensteigerung bräuchte, um den Lehrpersonenmangel zu beheben. Natürlich kann man das nicht eins zu eins machen,

es muss ja dann auch noch passen in den einzelnen Klassen, aber grundsätzlich ist das sicher eine Richtung, in die man gehen muss. Nun geht der Trend leider in die umgekehrte Richtung: Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad hat innert sieben Jahren erneut um 2 Prozentpunkte abgenommen. Heute teilt sich gelegentlich eine ganze Handvoll Personen die Verantwortung für dieselben Kinder, und dies teils in freiwilligen oder bürokratisch verordneten Kleinstpensen. Teilzeitarbeitsverhältnisse können einen wertvollen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Die Gründe für den hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigungen sind aber auch anderweitig zu suchen, unter anderem bei den gestiegenen Anforderungen und der gestiegenen Belastung im Beruf.

Was tun? Das vorliegende Postulat zielt auf die Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads pro Anstellungsverhältnis ab. Wir schlagen auch hier vor, einen Massnahmenmix zu prüfen, weil es nicht die Lösung geben kann. Zunächst einmal sollen die besonders belasteten Lehrpersonen mit hohen Pensen bessergestellt werden. Wir erwarten nicht, dass deswegen jemand sein Pensum von 50 auf 80 Prozent hochschraubt. Aber das braucht es auch gar nicht, wenige Prozentpunkte würden reichen.

Zweitens soll die Stundenpauschale für die Klassenlehrpersonen steigen, aber auch wieder nur für jene Personen mit hohen Pensen. Diese Forderung geht in eine ähnliche Richtung wie die nächste Motion (*KR-Nr. 232/2022*), die wir behandeln, sie ist aber etwas differenzierter.

Drittens soll der Lektionenfaktor für die Lehrpersonen steigen, aber auch hier wieder nur für Lehrpersonen mit hohen Pensen. Der übernächste Vorstoss (*KR-Nr. 271/2022*) auf der Traktandenliste geht auch in diese Richtung, allerdings flächendeckend eben auch für Kleinstpensen.

Viertens soll der minimale Beschäftigungsgrad für Lehrpersonen, der heute bei 35 Prozent liegt, erhöht werden und verbindlicher werden, wie wir das zum Teil aus anderen Kantonen kennen. Und zuletzt – und jetzt dürfen Sie wieder jammern – fordern wir, dass das vor über drei Jahren eingereichte und sehr deutlich überwiesene Postulat zur flexibleren Einsetzbarkeit von Lehrpersonen (*KR-Nr. 162/2021*) endlich umgesetzt wird – und rasch umgesetzt wird. Denn auch so können Pensen gesteigert werden. Ja, es ist unorthodox, mit einem Postulat die Umsetzung eines Postulats zu fordern. Aber ganz ehrlich, wünschen wir uns nicht alle, dass gewisse Projekte in der Bildungsdirektion nicht verschleppt werden? Wir sehen dies als Fingerzeig.

Ich möchte noch kurz auf unsere Forderung zur differenzierten Erhöhung der Stundenpauschale für Klassenlehrpersonen und des Lektionenfaktors eingehen, die jeweils nur stark belasteten Lehrpersonen zugutekommen soll; dies im Kontrast zu den nächsten zwei Vorstössen, die wir anschliessend behandeln werden. Wieso fordern wir diese Massnahmen nur für Lehrpersonen mit hohen Pensen? Dazu muss man sich vor Augen führen, wozu es führt, wenn der Lektionenfaktor und die Klassenlehrpauschale für alle erhöht würden. Im Idealfall – das ist ja eigentlich das Ziel dieser Vorstösse, die nachher noch kommen – behalten die Lehrpersonen ihren Beschäftigungsgrad bei und leisten dabei weniger Schulstunden.

Wobei: So ideal ist es auch nicht, weil dann zumindest kurzfristig wieder Lehrpersonen fehlen, Poldis (*Person ohne Lehrdiplom*) angestellt werden und Kleinstpensen unumgänglich sind. Wahrscheinlich ist aber gerade bei tiefen Pensen eine umgekehrte Wirkung: Die Anzahl geleisteter Schulstunden bleibt gleich, der Beschäftigungsgrad und damit der Lohn steigen aber, ohne dass es zu einer Entlastung führt. Denn was soll eine Schulleitung tun, wenn ihre Lehrkräfte plötzlich 10 Prozent weniger Unterricht geben, rund 5 Prozent aufgrund der Verdoppelung der Klassenlehrerpauschale und 6,5 Prozent aufgrund des höheren Lektionenfaktors? Neue Lehrkräfte kann sie nicht aus dem Hut zaubern, schon gar nicht 10 Prozent. Also wird sie darauf drängen, dass die bisherigen Lehrkräfte mit tiefen Pensen – vor allem jene – weiterhin gleich viele Unterrichtsstunden erteilen, dabei aber auf dem Papier ein höheres Pensum leisten. Alle befragten Schulleitungen haben bestätigt, dass sie mangels Alternativen genau das tun würden. Damit verkommt eine solche flächendeckende Anpassung zur reinen flächendeckenden Lohnmassnahme. Zugleich sagt aber selbst der ZLV (*Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband*), dass höhere Löhne das Problem nicht lösen. Bei sehr hohen Pensen besteht dieses Risiko weniger. Diese Personen sind besonders belastet und das Risiko einer Pensenerhöhung ist klein und bei 100-Prozent-Pensen sogar inexistent. Deshalb möchten wir diese Massnahmen auch nur dort gezielt einsetzen. Hinzu kommen nämlich auch die Kosten. Wir reden hier nicht einfach von abstrakten Lektionenfaktoren und Klassenlehrerpauschalen. Erhöhen wir den Lektionenfaktor um 6,5 Prozent, brauchen wir 6,5 Prozent mehr Stellenprozente im ganzen Kanton. Erhöhen wir die Klassenlehrerpauschale um 5 Prozent der Jahresarbeitszeit, benötigen wir rund 5 Prozent mehr Stellenprozente für Klassenlehrpersonen im ganzen Kanton. Zusammen führt dies zu rund 10 Prozent höheren Lohnkosten bei einer Lohnsumme von über 1,5 Milliarden Franken. Rechne! Das führt grob zu Mehrkosten von ungefähr um die 150 Millionen Franken pro Jahr, wovon die Gemeinden 80 Prozent bezahlen müssen, Jahr für Jahr. Und zuletzt wird eine flächendeckende Erhöhung dieser Parameter ohne Pensensteigerung zwingend zu noch mehr Kleinstpensen, Koordinationsbedarf und Bezugspersonen führen, genau das, was wir nicht wollen. Aufgrund dieser Überlegungen verlangen wir keine generelle Anpassung des Lektionenfaktors und der Klassenlehrer-Stundenpauschale, sondern nur für jene Lehrpersonen, die tatsächlich stark belastet sind. Abschliessend: Wir sind der festen Ansicht, dass es wieder möglich sein muss, als Lehrperson 100 Prozent zu arbeiten, sonst stimmt etwas im System nicht. Daran müssen wir arbeiten und intelligente und nicht einfach nur teure Lösungen finden. Wir bitten Sie, dieses Postulat zu unterstützen. Danke.

*Christoph Fischbach (SP, Kloten):* Grundsätzlich ist das Ziel, das der Vorstoss verfolgt, nicht falsch. Auch wir sind der Meinung, dass es wünschenswert und positiv wäre, wenn teilzeitarbeitende Lehr- und Förderlehrpersonen ihre Arbeitspensen erhöhen könnten. Tatsächlich ist der Grund jedoch, dass diese Personen, die Teilzeit arbeiten, oftmals permanent überlastet sind und aus Selbstschutz mit einem reduzierten Pensum unterrichten. Es muss grundsätzlich die Belastung der Lehrpersonen gesenkt und der neue Berufsauftrag der Lehrpersonen angepasst

werden. Die Bildungsdirektion hat eine entsprechende Vorlage Ende März 2023 in die Vernehmlassung geschickt. Es gilt jedoch anzumerken, dass diese Regierungsvorlage zu wenig weit geht und verbessert werden muss, wenn die vorgeschlagenen Massnahmen nachhaltige, positive Wirkungen entfalten sollen. Einige Forderungen des vorliegenden Postulats, die Erhöhung der Pauschale für Klassenlehrpersonen, die Erhöhung des anzurechnenden Lektionenfaktors und die Erhöhung des minimalen Beschäftigungsgrades sind in der Vorlage des Regierungsrates auch enthalten. Aus diesem Grund war der Regierungsrat wohl auch bereit, die ursprünglich eingereichte Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die FDP fordert jedoch im vorliegenden Vorstoss, dass die Verbesserungen betreffend die Pauschale für Klassenlehrpersonen und die Erhöhung des anzurechnenden Lektionenfaktors nur für Personen, welche mit einem Pensum von 80 Prozent oder mehr arbeiten, zum Tragen kommen sollen. Mit Verlaub, dieser Vorschlag ist Quatsch und nicht zielführend, denn diese nötige Entlastung benötigen alle Lehrpersonen. Aus diesem Grund sollte die FDP lieber den Vorstoss 232/2022 von Christoph Ziegler unterstützen, welcher die Erhöhung der Pauschale für Klassenlehrpersonen von 100 auf 200 Stunden fordert. Hier ist die Regierungsvorlage mit ihrem Vorschlag, einer Erhöhung auf 120 Stunden, viel zu zaghaft. Ebenso sollte die FDP das Postulat 271/2022 von Carmen Marty Fässler unterstützen, das eine Erhöhung des Lektionenfaktors von 58 auf 62 Stunden fordert. Stattdessen hat der Postulant bei diesem Vorstoss die Diskussion verlangt und möchte das Anliegen gar nicht unterstützen. Auch hier ist zudem die Regierung mit ihrem Vorschlag von einer Erhöhung auf nur 60 Stunden zu zaghaft.

Wie vorhin gesagt, müssen diese Massnahmen unabhängig des Beschäftigungsgrades angepackt und umgesetzt werden. Dass die FDP als Erstes fordert, die Löhne zu erhöhen – zwar nur für Personen, welche mit einem höheren Beschäftigungsgrad arbeiten –, verwundert doch sehr. Denn die FDP hat sich doch als einzige Partei im November 2022 gegen die höheren Löhne für die Kindergartenlehrpersonen ausgesprochen. Und auch sonst ist die FDP nicht bekannt dafür, sich für Lohnerhöhungen der Staatsangestellten einzusetzen. Einzig mit der Forderung, das Postulat 162/2021, «Einsetzbarkeit und berufliche Mobilität der Zürcher Primarlehrpersonen verbessern», rasch umzusetzen, kann sich die SP einverstanden erklären. Dieses Anliegen war ja im Rat unbestritten, haben doch alle Fraktionen ausser der Bildungsdirektorinnen-Fraktion – Die Mitte – das Anliegen am 18. Dezember 2023 mitunterstützt. Ebenso könnte die SP eine Erhöhung des Mindestbeschäftigungsgrades unterstützen, wenn die anderen Anpassungen, wie zum Beispiel die Pauschale für Klassenlehrpersonen und der Lektionenfaktor, im nötigen Umfang angepasst würden.

Ich komme zum Schluss und fasse nochmals zusammen: Die Belastungen der Lehr- und Förderlehrpersonen müssen für alle gesenkt werden und nicht nur für diejenigen, welche mit einem hohen Pensum arbeiten wollen oder können. Denn wenn die Belastung für alle gesenkt werden kann, dann werden die Pensen der Lehrpersonen auch wieder steigen. Dieses Postulat setzt schlicht und einfach die falschen Anreize. Aus diesem Grund bitten wir Sie, lehnen Sie die Überweisung

des Postulats ab. Und gleichzeitig fordern wir den Regierungsrat auf, die Anpassungen des Berufsauftrags zügig voranzutreiben und die nötigen Anpassungen vorzunehmen.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Marc Bourgeois hat schon sehr viel erläutert mit Prozentzahlen und noch mehr. Wir, die SVP/EDU-Fraktion, werden dieses Postulat unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen: Es ist sinnvoll, den Beschäftigungsgrad von Lehrpersonen zu erhöhen, sodass der sogenannte Lehrpersonenmangel entschärft wird. Der Ansatz, dass mindestens 80 Prozent differenziert geleistet werden soll, ist nachvollziehbar. Es geht darum, dass die Ausbildung an der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) auch nachhaltig ist und nicht nur zu einem Verlegenheitsstudium verkommt. Lehrpersonen sind wichtig und zudem ist es eine Berufung, deshalb müsste hier die Dropout-Quote auch noch gesenkt werden können. Der Verdienst der Lehrpersonen ist gut, sehr gut und muss nicht, wie Christoph Fischbach gesagt hat, nochmals erhöht werden. Einziger Wermutstropfen im Postulat – aber damit können wir leben – ist, dass gemäss der FDP noch gezielt Lehrpersonen honoriert werden sollen. Honorierung hängt immer mit Geld zusammen, doch man beachte: Die Lohnstruktur von Lehrpersonen ist bereits mehr als gut, sonst kann man auf LinkedIn (*Social-Media-Portal*) von Marc Bourgeois schauen, er hat es dort abgebildet. Dieser Punkt wäre ein komplett falscher Anreiz. Sollte Geld der einzige Treiber sein, dann hat man von Führung nicht allzu viel verstanden. Hören wir endlich auf, uns am Staat zu bedienen, um vielleicht mal Steuersenkungen durchzubringen, liebe Carmen Marty. Wir unterstützen das Anliegen von Marc Bourgeois beziehungsweise der FDP.

*Christoph Ziegler (GLP, Elgg):* Das Postulat will mit einem Anreizsystem einen höheren Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen erreichen. Das Ziel ist grundsätzlich richtig. Denn Lehrpersonen, welche mit einem 100-Prozent-Pensum beschäftigt sind, gehören zu einer kleinen Minderheit. Die Folgen sind bekannt. Häufige Lehrerwechsel generieren einen hohen Koordinationsaufwand, zum Beispiel für Klassenlehrpersonen, erschweren die für den Lernerfolg so entscheidende Beziehung Lehrperson–Schülerin/Schüler und bringen eine allgemeine Unruhe an die Schulen und verschärfen natürlich das Problem des Lehrermangels. Das Ziel wurde also erkannt, die Massnahmen aber sind unseres Erachtens nicht die richtigen. Ein finanzielles Anreizsystem für einen hohen Beschäftigungsgrad widerspricht doch dem Prinzip «gleiche Arbeit, gleicher Lohn». Warum soll eine Unterrichtslektion von Herrn X mehr wert sein, nur weil er mehr Lektionen erteilt als Frau Y? Wiedereinsteigerinnen könnten durch dieses Postulat auch abgeschreckt werden. Oder der Einstieg in den Beruf würde ihnen von vornherein verunmöglicht, weil ja auch der minimale Beschäftigungsgrad erhöht werden sollte. Ich weiss, dass sich Schulleiter Mühe geben, die Pensen möglichst hochprozentig zu besetzen. Aber die Pensenplanung ist ein Puzzlespiel geworden. In der Realität bleiben dann oft sechs WAH-Lektionen (*Wirtschaft, Arbeit, Haushalt*), ein paar Musikstunden oder zum Beispiel zwei R-und-K-Lektionen (*Religion und Kultur*)

am Dienstagnachmittag übrig; Fächer, die, seit keine Generalisten mehr ausgebildet werden, nur noch Lehrer erteilen dürfen, die an der Pädagogischen Hochschule dieses Fach auch belegt haben. Wir sind also darauf angewiesen, dass ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer möglichst rasch wieder in ihren Beruf einsteigen, dass wir Lehrpersonen in der Schule halten, auch wenn sie noch eine andere Tätigkeit ausüben. Die Chance, dass sie später ein höheres Pensum erteilen, steigt dadurch.

Wie im Postulat gefordert, muss die Pauschale für Klassenlehrpersonen sicher erhöht werden. Allerdings wirft man auch hier der Schulleitung bei der Pensenplanung einen unnötigen Knüppel zwischen die Beine; unnötig, weil die Klassenlehrerinnen und -lehrer sowieso in einem hohen Pensum angestellt sind. Und ein Knüppel ist es, weil in Ausnahmefällen auch zu 72 Prozent angestellte Lehrerinnen und Lehrer diese wichtige Funktion ausüben sollten. Beim nächsten Traktandum haben Sie die Gelegenheit, der Funktion der Klassenlehrerin und des Klassenlehrers das nötige Gewicht zu verleihen und so die in einem hohen Pensum angestellten Lehrpersonen zu belohnen, welche eine Schule massgeblich tragen und für Kontinuität und Ruhe sorgen. Klassenlehrpersonen brauchen mehr Zeit für ihre Aufgaben.

Aus diesen Gründen unterstützen wir Grünliberale dieses Postulat nicht, obwohl wir das Grundanliegen der FDP unterstützen, dass nämlich der Beschäftigungsgrad der Lehrerinnen und Lehrer erhöht werden sollte.

*Livia Knüsel (Grüne, Schlieren):* Natürlich ist es wünschenswert, dass die Beschäftigungsquote bei den Lehrpersonen wieder steigt. Es ist aber nicht zielführend, Anreize über die Honorierung von Höchstpensen zu schaffen. Das entspricht einfach nicht dem Fairnessprinzip und auch nicht einer modernen Haltung bezüglich Arbeits- und Familienplanung. Solche Massnahmen verschlechtern die Stimmung im Team und machen den Lehrberuf noch unattraktiver. Man stelle sich vor, für eine gleichwertige Arbeit sollen die einen Lehrpersonen anteilmässig mehr Lohn respektive Ressourcen erhalten, nur weil sie quantitativ mehr zu leisten bereit oder imstande sind. Für gewisse Menschen ist es gar nicht erstrebenswert oder möglich, mit einem hohen Pensum zu arbeiten. Dieser Umstand ändert sich doch nicht, indem man jene belohnt, die zu 80 Prozent und mehr zu arbeiten gewillt sind. Genau das Gegenteil dürfte der Fall sein. Wir müssten befürchten, dass sich noch mehr gut ausgebildete Menschen, die sich über den Umstand der unfairen Entlohnung ärgern, vom Lehrberuf abwenden würden. Wir dürfen nicht vergessen, wie viele Quereinsteigende sich von ihrem alten Beruf verabschiedet und neu für den Lehrberuf entschieden haben. Die Schulen sind mehr denn je auf diese quereinsteigenden Lehrpersonen angewiesen, diese aber nicht auf die Schulen. Passt ihnen die Anstellung an der Schule nicht, gehen sie wohl lieber wieder in ihre angestammten Berufe zurück; ein Risiko, das es sich nicht einzugehen lohnt. Druckmittel sind schlecht. Für mich ist das kein Anreiz, es ist ein Druckmittel. Wir sollten eben lieber wirkliche, richtige Anreize schaffen, wie es im Postulat «Einsetzbarkeit und berufliche Mobilität der Lehrpersonen» dargelegt ist,

sodass wieder vermehrt 100-Prozent-Anstellungen möglich sind, weil die Lehrpersonen über ein ausreichend breites Fächerprofil verfügen, um eine ganze Stelle als Klassenlehrerin oder Klassenlehrer an ein- und derselben Klasse ausfüllen zu können. Und noch dies: Ein Kleinstpensum hat wenig damit zu tun, dass fünf Lehrpersonen an einer Klasse arbeiten. Dies ist vielmehr eine Folge des integrativen Modells. In vielen Fällen teilen sich zwei Lehrpersonen die Lektionen an der Klasse. Weitere Lehrpersonen kommen mit der Heilpädagogin, der DAZ-Lehrerin (*Deutsch als Zweitsprache*), der Musiklehrerin, der Seniorin in der Klasse, der Klassenassistentin und anderen hinzu. Zwei Hauptlehrpersonen, die für eine Klasse zuständig sind, sind nicht nur verantwortbar, sondern auch gewinnbringend. Es sind immer noch enge Bindungen möglich und die Kinder haben so auch eine gewisse Abwechslung. Man versteht sich ja nicht immer gleich gut. Das Problem der mangelnden Bindung entsteht eher, wenn Lehrpersonen die Schule verlassen, aber das ist ein anderes Thema. Wir Grüne lehnen dieses Postulat ab.

*Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen):* Wir werden das Postulat überweisen, zwar ein wenig halbherzig, da uns die verschiedenen vorgeschlagenen Instrumente zum Teil nicht überzeugen. Wir denken aber, dass es sicher sinnvoll ist, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir die Lehrperson dazu bewegen können, höhere Pensen zu leisten. Dazu braucht es auch eine Auslegeordnung der Gründe, warum Lehrpersonen sich dazu entscheiden, niedrigprozentig zu arbeiten. Auch ist es von Interesse, wie viele Lehrpersonen anteilmässig niederprozentig arbeiten und wo der Kanton Zürich im schweizweiten Vergleich steht. Mit diesem Wissen können wir uns dann Gedanken machen über mögliche Instrumente, wie wir Anreize schaffen können, damit mehr Lehrpersonen bereit sind, ein höheres Arbeitspensum zu übernehmen.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Scheinbar haben wir es hier mit der Patentlösung gegen den Lehrpersonalmangel zu tun: Lehrerinnen und Lehrer sollen doch einfach mehr arbeiten. Dass bis heute noch niemand auf diese Idee gekommen ist! Entscheiden Sie selber, ist das nun die Lösung vom Freisinn oder ist der Vorschlag völlig sinnfrei? (*Heiterkeit*) Glauben die Postulanten allen Ernstes, dass sich Lehrpersonen zu höheren Pensen drängen lassen? Wenn Sie wirklich möchten, dass Lehrer höhere Pensen arbeiten, müssten Sie Ihnen die Löhne kürzen, sodass sie nur noch mit einem höheren Pensum ihr Existenzminimum erreichen. Aber spätestens dann würden Sie die letzten Lehrer verlieren. Es ist nämlich so, dass wir nicht einen Überschuss an Arbeitskräften haben und wir mit ihnen einfach machen können, was wir wollen, und die Arbeitenden dann einfach froh sein sollen, dass sie überhaupt eine Beschäftigung erhalten. Liebe FDP, liebe SVP, liebe Mitte, diese Zeiten sind vorbei. Wir leben heute in einer Welt, in der es normal ist, nicht mehr 100 Prozent zu arbeiten. Und gegen diesen gesellschaftlichen Trend können Sie sich nicht stellen und auch nicht dagegen angehen. Heutige Familien- und Erwerbsmodelle richten sich zumeist auf Teilzeittätigkeiten beider Partnerinnen und Partner aus. Und schliesslich sind manche schulischen Settings so intensiv, dass die Lehrpersonen ihr Pensum bewusst reduzieren, um eben in diesem Beruf

alt werden zu können. Die Teilzeitkultur ist eine gesellschaftliche Realität, da werden Sie das Rad der Zeit auch mit diesem Postulat nicht zurückdrehen können. Die EVP lehnt deshalb das Postulat ab.

*Lisa Letnansky (AL, Zürich):* Auch wir anerkennen die Problematik, dass viele Lehrpersonen überlastet sind und dass hier Massnahmen ergriffen werden sollten. Die hier vorliegenden Lösungsvorschläge sind jedoch der falsche Weg. Teilzeitarbeit ist weitverbreitet und vor allem im Lehrberuf Realität. Sie spielt eine existenzielle Rolle bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber es gibt auch zig andere Gründe, warum Menschen Teilzeit arbeiten, zum Beispiel, weil sie sich auch ehrenamtlich oder politisch für die Zivilgesellschaft engagieren. Boni oder gar ein progressives Lohnsystem würden diese Menschen und diese Lebensentwürfe diskriminieren, und die Belastung für sie wäre stets noch dieselbe. Wenn Sie am Samstag an der Bildungs-Demo gewesen sind, Herr Bourgeois, haben Sie unter anderem ein Schild gesehen mit der Aufschrift «Teilzyt schaffe zum gesund bliibe». Ihre Antwort darauf ist also: «Statt dass wir diese Arbeitsbedingungen für alle verbessern, spielen wir euch auch noch gegeneinander aus. Für die einen ändert sich gar nichts und die anderen gehen mit ein wenig mehr Geld ins Burnout.» Gegen diese Diskriminierung wehren wir uns, deshalb überweisen wir nicht. Besten Dank.

*Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Vielen Dank für diese Diskussion. Ich stelle fest, dass zumindest bezüglich der Zielsetzung, jetzt abgesehen vom letzten Votum, Einigkeit herrscht, dass es wünschenswert wäre, wenn mehr Personen – es braucht nicht viel, aber ein paar wenige Prozentpunkte im Schnitt – mehr arbeiten würden. Ich danke entsprechend auch der Mitte für ihre Offenheit, dieses Postulat zu unterstützen. Wir sind uns bewusst, das Risiko bei solchen Auswahlendungen ist natürlich immer, dass man sich an dem einen oder anderen Punkt stört, und deshalb haben sie es etwas schwerer.

Was etwas vergessen geht in der ökonomischen Argumentation, wenn da von Ungleichberechtigung geredet wird: Kleine Pensen sind ineffizient. Zweimal 50 Prozent sind nicht 100 Prozent. Denn es braucht Absprachen. Dann braucht es Elterngespräche: Wer ist dabei, einer oder beide? Ist man dann einfach schlechter informiert? Wenn man zum Teil auch noch die Fächer teilt, dann stellt sich die Frage: Wie erfolgt diese Absprache bei der Zeugniserstellung? Und so weiter und so fort. Also zweimal 50 gibt eben nicht 100 in der Schule. Insofern ist eine Incentivierung auch ökonomisch eben sachgerecht.

Zu Christoph Ziegler: Ja, die Pensenplanung ist heute schon ein Puzzle. Aber wenn du jetzt selbst in den unteren Klassen verhinderst, es absolut verhinderst, dass eine Klassenlehrperson das allein stemmen kann, indem man die Klassenlehrpauschale, vielleicht auch – ich weiss nicht, wie das stimmt – den Lektionenfaktor so radikal ändert, dann wird man noch viel mehr Puzzles haben. Denn wenn sie dann doch mehr arbeiten, ist ja das Ziel nicht erreicht. Es ist die Idee, dass sie

nicht mehr arbeiten, aber weniger Stunden leisten, also muss man die Lücken füllen. Und dann haben wir wieder diese Kleinstpensen, und genau das wollen wir ja nicht.

Und zu Markus Schaaf: Man kann sich immer lächerlich machen über Vorstösse anderer, offenbar selbst als Kirchenvertreter. Ich glaube, Arbeitgeber akzeptieren nicht einfach jeden Beschäftigungsgrad. Wenn man heute ein Stelleninserat anschaut, dann ist dort ein Beschäftigungsgrad drin. Und der ist nicht «10 Prozent bis 100 Prozent – wünsch dir was!», sondern es gibt eben Vorgaben.

Und Lisa Letnansky, ja, ich bin ähnlicher Meinung bezüglich der 100-Prozent-Arbeit. Ich denke einfach, wir sollten es soweit schaffen, dass eben 100 Prozent Arbeit möglich ist, ohne dass man ausbrennt. Das sollte doch eigentlich das Ziel sein. Und wenn das Ziel nicht erreicht wird, dann haben wir ein systemisches Problem. Denn in anderen Berufen ist es eben möglich.

Abschliessend vielleicht noch ein Punkt: Wir reden in der Bildungspolitik immer über die Lehrpersonen. Vergessen wir nicht, es geht nicht primär um die Lehrpersonen in der Bildung, es geht um die Kinder. Besten Dank.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Bevor ich der Bildungsdirektorin das Wort gebe, möchte ich noch zwei Klassen der Oberstufe Mönchaltorf auf der Tribüne recht herzlich bei uns begrüssen. Ich hoffe, Sie erleben eine spannende Debatte.

*Regierungsrätin Silvia Steiner:* Das vorliegende Postulat verlangt eine Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads von Lehrpersonen. Auch die Bildungsdirektion hat ein Interesse daran, dass der durchschnittliche Beschäftigungsgrad nicht zu tief ist und Kleinstpensen, soweit möglich, vermieden werden können. Das Anliegen des Postulates kann im Rahmen der Revision des neuen Berufsauftrags geprüft werden. Der Regierungsrat ist deshalb bereit, das vorliegende Postulat entgegenzunehmen.

Einfach an dieser Stelle noch etwas Grundsätzliches, wobei ich doch ziemlich überrascht bin, dass ich das hier sagen muss: Das von Marc Bourgeois erwähnte Postulat 162/2021 wurde erst am 18. Dezember 2023 von Ihnen überwiesen. Die Bildungsdirektion verschleppt hier gar nichts. Wir können ein Postulat erst behandeln, wenn der Rat es überwiesen hat. Das betrifft auch andere Postulate und andere Bemerkungen in diesem Rat. Aber vielleicht ist es gut, wieder einmal an die eigenen Regeln zu denken. Besten Dank.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 87 Stimmen (bei 0 Enthaltungen und mit Stichentscheid des Präsidenten), das Postulat KR-Nr. 229/2022 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts internert zwei Jahren.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Es freut mich, dass ich meinen ersten Stichentscheid hatte. Ich muss Ihnen ja nicht erklären, wie ich stimme.

Das Geschäft ist erledigt.